

N i e d e r s c h r i f t

**der 23. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Ordnung und Umweltangelegenheiten am 12.04.2007**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal
Marktplatz 2
06100 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:05 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Oliver Christoph Klaus	CDU
Herr Wolfgang Kupke	CDU
Herr Hans-Jürgen Schiller	Die Linkspartei. PDS
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	Die Linkspartei. PDS
Herr Dr. Mohamed Yousif	Die Linkspartei. PDS
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD
Herr Michael Zeidler	SPD
Herr Dietmar Weihrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Heinz Maluch	GRAUE
Herr Dr. Christian Fiedler	SKE
Frau Marion Krischok	SKE
Herr Thomas Wünsch	SKE
Herr Christian Anton	SKE

Entschuldigt fehlen:

Herr Werner Misch	CDU
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM
Frau Prof. Dorothea Vent	MitBürger
Herr Dr. Carl-Ernst Rürup	SKE
Herr Hubert Leuschner	SKE
Herr Andreas Nowotny	SKE

Verwaltung:

Herr Eberhard Doege
Frau Gudrun Beitz
Frau Uta Balleyer
Herr Dr. Ernst Müllers
Frau Rita Lachky
Herr Wolfgang Hans

Gäste:

Frau Hoßbach	- FB 32 – zu TOP 4.1.
Herr Lunebach	- Leiter des FB 61 – zu TOP 5.2.
Frau Neubert	- amt. Leiterin des FB 67 – zu TOP 5.1.
Herr Wagner	- FB 31 – zu TOP 5.1.
Herr Hahn	- FB 31 – zu TOP 8.1.

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 15.03.2007
4. Vorlagen
- 4.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2007, sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2005
Änderungen zum Haushaltsplanentwurf 2007, mittelfristige Finanzplanung und Haushaltskonsolidierung
Vorlage: IV/2007/06261
5. Anträge
- 5.1. Antrag des Stadtrates Dietmar Weirich - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - zum Baumschutz in Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06296
- 5.2. Antrag der CDU-Fraktion zur Entwicklung eines Innenstadt- und Einzelhandelskonzeptes
Vorlage: IV/2007/06258
6. Anfragen
7. Beantwortung von Anfragen
8. Mitteilungen
- 8.1. Information zum behördlichen Arten- und Biotopschutz
- 8.2. Vorstellung des Konzeptes des diesjährigen Weihnachtsmarktes
- 8.3. Information zur Übernahme der neuen Aufgabe "Überwachung des fließenden Verkehrs"
9. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Der Vorsitzende des Ausschusses, **Herr Wehrich**, eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Protokoll:

In Abstimmung mit der Verwaltung bat **Herr Wehrich** um Absetzung des Tagesordnungspunktes 8.2. Da noch einige Details geklärt werden müssen, erfolgt die Vorstellung des Konzeptes des diesjährigen Weihnachtsmarktes in der Ausschusssitzung am 07.06.07.

Zur Reihenfolge der Tagesordnung gab es Veränderungen, und zwar wurden zunächst die Anträge behandelt. Da die Information zur Übernahme der neuen Aufgabe „Überwachung des fließenden Verkehrs“ hauhaltsrelevant ist, wurde diese vor dem TOP 4.1. gegeben.

Sodann stellte **Herr Wehrich** die Tagesordnung zur Abstimmung, die einstimmig angenommen wurde.

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 15.03.2007
4. Vorlagen
- 4.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2007, sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2005
-Änderungen zum Haushaltsplanentwurf 2007, mittelfristige Finanzplanung und Haushaltskonsolidierung
Vorlage: IV/2007/06261
5. Anträge
- 5.1. Antrag des Stadtrates Dietmar Wehrich – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – zum Baumschutz in Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06296
- 5.2. Antrag der CDU-Fraktion zur Entwicklung eines Innenstadt- und Einzelhandelskonzeptes
Vorlage: IV/2007/06258
6. Anfragen
7. Beantwortung von Anfragen
8. Mitteilungen
- 8.1. Information zum behördlichen Arten- und Biotopschutz
- 8.2. Information zur Übernahme der neuen Aufgabe „Überwachung des fließenden Verkehrs“
9. Anregungen

Verwaltungshaushalt

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen

einstimmig zugestimmt.

Vermögenshaushalt

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen

einstimmig zugestimmt.

Mittelfristige Finanzplanung

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen
1 Stimmenthaltung

einstimmig zugestimmt.

Haushaltskonsolidierung

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen
1 Stimmenthaltung

einstimmig zugestimmt.

zu 5 Anträge

**zu 5.1 Antrag des Stadtrates Dietmar Wehrich - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - zum Baumschutz in Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06296**

Protokoll:

Frau Balleyer gab eine Stellungnahme ab, deren Inhalt den Mitgliedern des Ausschusses in schriftlicher Form vorgelegt wurde.

Herr Wehrich verdeutlichte, dass es ihm nicht um ein Misstrauen gegenüber der Stadtverwaltung gehe. Vielmehr gehe es darum, gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit von Baumfällmaßnahmen zu verdeutlichen. Daher ziele der Antrag darauf ab, diesem Defizit zu begegnen, damit nicht immer wieder die Proteste im Nachhinein kommen. Auf die Ablehnung des Antrages sei er nicht vorbereitet, vielmehr sei er der Ansicht gewesen, dem Anliegen gemeinsam gerecht zu werden. **Herr Wehrich** unterbreitete den Vorschlag, den Antrag in der Junisitzung noch einmal zu behandeln.

Herr Doege äußerte, dass die Verwaltung den Antrag in der Formulierung anders verstanden habe. Eine Vertagung begrüßte er und empfahl, dass bereits im Vorfeld eine Beratung mit dem Antragsteller und den Fachbereichen 31 und 67 stattfinden solle. Es müsse für die Information gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt ein Weg gefunden werden. Dies müsse in einem Umfang geschehen, der überschaubar sei.

Herr Wagner ergänzte, dass regelmäßige Informationen, bis hin zu den Fraktionen, erfolgen würden. Die hauptsächlichsten Proteste würden entstehen auf der Grundlage von Presseinformationen.

Zu der Information gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern sprachen **Herr Dr. Fikentscher und Herr Klaus** mit dem Hinweis, dass die Informationen nicht im übertriebenen Maße erfolgen sollen, da das Interesse nur einen kleinen Personenkreis betreffe. **Herr Fikentscher** regte an, dass Bäume, die gefällt werden sollen, entsprechend zu kennzeichnen.

Der Geschäftsordnungsantrag von **Herrn Wehrich**, seinen **Antrag auf die Junisitzung zu vertagen, wurde einstimmig angenommen.**

zu 5.2 Antrag der CDU-Fraktion zur Entwicklung eines Innenstadt- und Einzelhandelskonzeptes Vorlage: IV/2007/06258

Protokoll:

Herr Wehrich ist sich in Abstimmung mit dem GB III nicht schlüssig, warum der Antrag im Ausschuss behandelt werden soll.

Herr Klaus begründete den Antrag und ist der Ansicht, dass die Verwaltung im Bereich der Ordnung und der Umwelt positive Signale setzen sollte.

Herr Lunebach informierte über die stattgefunden Beratungen in den Ausschüssen für Planungsangelegenheiten sowie für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung. Der Ausschussvorsitzende, Herr El-Khalil, habe bei der Begründung des Antrages auf drei Punkte hingewiesen, auf die der Antrag hinziele.

1. Es müsse ein Weg gefunden werden, wie auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen mit Aufstellern umzugehen ist. Der GB III solle darlegen, wie mit der Überwachung der Sondernutzung umgegangen werde. (Diesem Vorschlag stimmte auch der Planungsausschuss zu.)

2. Ferner gehe es darum, planungsrechtliche Steuerungsmöglichkeiten zu schaffen, um eine bestimmte Nutzungshäufung zu verhindern. Der rechtliche Rahmen sei relativ begrenzt.

3. Seit längerer Zeit gäbe es an die Verwaltung den Auftrag, rechtlich zu prüfen, ob und wie gegebenenfalls auf Außenwerbung an den Gebäuden Einfluss genommen werden kann.

Als Fazit stellte **Herr Lunebach** fest, dass FB 80 und der GB III zunächst einen Erfahrungsbericht abgeben sollten.

Herr Doege meinte, dass damit der Antrag relativ einseitig interpretiert worden sei. Bei bestimmten Kontrollen der Werbetafeln habe er selbst festgestellt, dass die Signets der Firma Ströer DSM GmbH angebracht seien. Er ist der Meinung, dass gemäß der Struktur des Antrages der Ausschuss essentiell nicht zuständig sei.

Herr Wehrich ergänzte, dass für die Behandlung des Antrages keine Grundlage gegeben sei und schlug vor, die Behandlung des Antrages erst nach der Sitzung des Planungsausschusses auf die Tagesordnung zu nehmen.

Herr Klaus stellte den Antrag auf Vertagung. Man solle erst einmal das Hilfeersuchen des FB 80 abwarten.

Dem Antrag auf **Vertagung wurde einstimmig zugestimmt.**

zu 6 **Anfragen**

Protokoll:

Frau Schlüter-Gerboth bat um Information zur Wasserrettung. Die Stadt Halle bediene sich der DLRG. Sie wollte wissen, ob das auch nach der neuen Kreisbildung so bleibe. Nach ihren Informationen habe die Feuerwehr Boote bekommen, um die Wasserrettung eventuell selbst zu betreiben. Sie fragte nach dem Sachstand.

Herr Doege teilte mit, dass die Lieferung auf Veranlassung des Innenministeriums erfolgt sei. Da keine weitere Kenntnis vorliege, erfolgt eine schriftliche Antwort.

Herr Wehrich wollte wissen, ob es einen neuen Sachstand hinsichtlich der Verfüllarbeiten am Hufeisensee gebe.

Frau Balleyer informierte, dass Verfüllarbeiten gegenwärtig nicht stattfinden. Die Ergebnisse zu den Probebohrungen liegen noch nicht vor. Die abgelagerten Mengen seien abtransportiert worden.

Herr Wehrich bat um Information in der nächsten Ausschusssitzung.

Auf die Frage von **Herrn Wehrich** zum aktuellen Stand Wildwasserpark Pulverweiden antwortete **Herr Doege**. Die Umweltverträglichkeitsprüfung sei abgeschlossen. Der Feststellungsbeschluss sei ergangen. Derzeit erfolge die Auslegung (vom 12.04. bis 25.04.07) im FB 31 zur Einsichtnahme. Nach Abschluss des Auslegungsverfahrens bestehe ständiges Baurecht für fünf Jahre. Am Stadtratsbeschluss habe sich nichts geändert, eine finanzielle Beteiligung durch die Stadt erfolge nicht.

Frau Krischok bat um eine Statistik – evtl. Jahr 2006 – aus der hervorgeht, wie viel Bürger in Meldeangelegenheiten zu Haus aufgesucht wurden, nach Möglichkeit aufgegliedert nach Stadtteilen und Angabe der Inhalte.

zu 7 **Beantwortung von Anfragen**

Protokoll:

Es gab keine Wortmeldungen.

zu 8 **Mitteilungen**

zu 8.1 **Information zum behördlichen Arten- und Biotopschutz**

Protokoll:

Herr Hahn berichtete über den behördlichen Arten- und Biotopschutz. Seine Ausführungen erfolgten mittels Beamer-Präsentation.

Die Fragen von **Herrn Dr. Fiedler und Frau Schlüter-Gerboth** zur Kontrolle von Grünschnittarbeiten während der Brutzeit und zu Auflagen bei der Baugenehmigung durch das Bauordnungsamt beantwortete **Herr Hahn**. Bei Kenntnis über durchführende Grünschnittarbeiten erfolgen Kontrollen. Die Wohnungsgesellschaften wurden u. a. angeschrieben, dass während der Brutzeit kein Grünschnitt erfolgen darf unter Benennung der gesetzlichen Bestimmungen. Zum Teil könne der FB 31 bei den Bauanträgen darauf Einfluss nehmen, welche Maßnahmen durchzuführen sind. Eine Einflussnahme bei Abrissflächen ist wegen fehlender gesetzlicher Bestimmungen nicht möglich.

Ferner regte **Frau Schlüter-Gerboth** an, bereits bei der Beantragung zum Hausbau im Bauordnungsamt Nistkästen zur Verfügung zu stellen.

Herr Hahn antwortete dahingehend, dass Bürger, die Einfamilienhäuser bauen wollen, angeschrieben werden.

Zur Frage des **Herrn Wehrich** bezüglich der Dokumentation der einzelnen Maßnahmen teilte **Herr Hahn** mit, dass nur genehmigt werden könne, wovon der FB Kenntnis habe. Ohne die Kenntnis aufgrund konkreter Hinweise seien schützende Maßnahmen sehr schwierig. Flächendeckend alles zu erfassen, sei nicht möglich. Für bestimmte Schutzgebiete liegen Unterlagen vor.

zu 8.2 Vorstellung des Konzeptes des diesjährigen Weihnachtsmarktes

Protokoll:

Diese Information wird in der Junisitzung gegeben.

zu 8.3 Information zur Übernahme der neuen Aufgabe "Überwachung des fließenden Verkehrs"

Protokoll:

Herr Doege sprach einleitend, dass schon mehrmals in der Presse über die Problematik berichtet wurde und der GB III aus den Reihen des Stadtrates unter „gewissen Druck“ gesetzt wurde. Die Aufgabe sei bisher lediglich durch die Polizei wahrgenommen worden. Gemäß Erlass des Ministeriums des Innern des Landes könne auch die Kommune im übertragenen Wirkungsbereich diese Aufgabe wahrnehmen. Damit sei ein Eingreifen der Ordnungskräfte im fließenden Verkehr verbunden.

Herr Dr. Müllers informierte über das Projekt. Er teilte u. a. mit, dass in Sachsen-Anhalt Kommunen mit einer Einwohnerzahl ab 20.000 solche Maßnahmen durchführen können. Vorgesehen sei der Aufbau von drei so genannten Starenkästen im Stadtgebiet mit einer Messeinrichtung. Diese Starenkästen seien nicht alle gleichzeitig permanent aktiv. Dies habe den Vorteil, dass man einen größeren Bereich der Stadt abdecken könne, insbesondere auch an den Unfallschwerpunkten. Des Weiteren sei vorgesehen, neben der stationären Anlage auch eine mobile Anlage einzusetzen. Hierbei handele es sich um ein Spezialfahrzeug. Für die Anschaffung der Technik betreffe der finanzielle Aufwand 187,5 T€. Hinzu kämen noch Fixkosten in Höhe von 162 T€. Der Fachbereich habe Kontakte gehabt

mit der Polizeidirektion Halle und der Stadt Leipzig. Die Aufgaben sollen u. a. mit den im FB 32 vorhandenen Personal abgedeckt werden. Neueinstellungen seien nicht notwendig. Die Stadt gehe auf der Grundlage von angenommenen Fallzahlen (in Anlehnung der Erfahrungen der Polizeidirektion und der Stadt Leipzig) von jährlichen Einnahmen in Höhe von 504 T€ (mobile Technik 300 T€, stationäre Technik 204 T€) aus. Insgesamt sollen sieben Mitarbeiter im Zwei-Schicht-System bis einschließlich samstags 16:00 Uhr eingesetzt werden.

Auf die Frage des **Herrn Wehrich und des Herrn Klaus** nach der ökonomischen Betrachtung und eines eventuellen Leasingvertrages antwortete **Herr Dr. Müllers**. Da das Personal bereits vorhanden sei, entstünden keine zusätzlichen Personalkosten. Bei der Betrachtung der Anschaffung der Geräte habe sich der Kauf als die kostengünstigere Variante herausgestellt.

Herr Dr. Fiedler ist der Ansicht, dass es sich bei der neuen Aufgabe richtigerweise um die Geschwindigkeitskontrolle des fließenden Verkehrs handele. Zum anderen kritisierte er, dass trotz Verbot der Marktplatz von Fahrradfahrern befahren werde.

Herr Doege stimmte der Ansicht von Herrn Dr. Fiedler zu. Die Fahrradfahrer betreffend verwies er auf die Zuständigkeit der Polizei, da die Kommune im fließenden Verkehr nicht eingreifen dürfe.

Die Frage von **Herrn Dr. Yousif** nach Förderung vom Land wurde von **Herrn Doege** verneint.

Herr Zeidler wollte wissen, ob auf dem Dienstweg mit der Polizeidirektion abgestimmt wurde, wer welche Straßen in die Kontrollen einbezieht. Dies wurde von **Herrn Dr. Müllers** bejaht.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9 Anregungen

Protokoll:

Anregungen gab es nicht.

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.04.08

Dietmar Wehrich
Ausschussvorsitzender

Eberhard Doege
Beigeordneter

Gudrun Beitz
Protokollantin